

Schock für Berliner: Mieten steigen bis 2026 für 110.000 Haushalte!

Mieter in Berlin müssen bis Februar 2026 mit Erhöhungen von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften rechnen.



Berlin, Deutschland - In Berlin stehen zahlreiche Mieterinnen und Mieter vor der Herausforderung steigender Mietkosten. Wenn es nach den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften geht, müssen mehr als 110.000 Haushalte bis Februar 2026 mit höheren Zahlungen rechnen. Diese Informationen stammen aus einer Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auf eine Anfrage des Linke-Abgeordneten Niklas Schenker. Bereits vor dieser Mitteilung berichteten verschiedene Publikationen, darunter die B.Z. und der Tagesspiegel, über die bevorstehenden Mieterhöhungen.

Besonders betroffen ist die Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land, bei der etwa 12.650 Wohnungen von der Preissteigerung

betroffen sind. Auch die Gewobag plant, die Mietkosten für 3.192 Einheiten zu erhöhen. Die ersten Erhöhungen sind bereits für den 1. September 2025 vorgesehen, bei mehr als 19.500 Wohnungen. Doch es könnte noch eine Vielzahl weiterer Mieter betroffen sein, denn die Gesellschaften Howoge und WBM haben bislang keine vollständigen Informationen bereitgestellt.

Kooperationsvereinbarung erlaubt Mieterhöhungen

Ein entscheidender Faktor für die steigenden Mieten ist die Kooperationsvereinbarung zwischen den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und dem Senat, die es ihnen bis Ende 2027 erlaubt, die Mieten jährlich um bis zu 2,9 Prozent zu erhöhen. Diese Regelung, die auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Wohnraumsituation steht, wurde im Rahmen des neuen Wohnungsbauplans verabschiedet und gilt ab Januar 2024, nachdem bis Ende 2023 ein Mietenstopp in Kraft ist. Der Mietenstopp wurde am 6. Dezember 2022 beschlossen und gilt bis Ende dieses Jahres.

Finanzsenator Stefan Evers (CDU) betonte, dass diese Vereinbarung ein Leistbarkeitsversprechen für die Mieter darstellt. Sie liegt 40 Prozent unter der gesetzlichen Obergrenze und 20 Prozent unter den im Bündnis für Wohnungsbau und bezahlbare Mieten vereinbarten Grenzen. Trotz dieser Kompromisslösung kritisierten einige Experten die Maßnahme. So äußerte sich der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) skeptisch und bezeichnete den Mietenstopp als wirtschaftlich brisant.

Herausforderungen in der Wohnungswirtschaft

Klar ist, dass mit der steigenden Inflation und den angespannten Baukosten – die in den letzten eineinhalb Jahren um 20 Prozent gestiegen sind – die Wohnwirtschaft vor großen

Herausforderungen steht. Senator Christian Gaebler (SPD) merkte an, dass es einen Zielkonflikt gebe zwischen dem wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und dem Anspruch der Mieter auf bezahlbaren Wohnraum. Mit über 358.000 verwalteten Wohnungen in Berlin ist dieser Konflikt für die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, darunter Degewo, Gewobag, Howoge, Gesobau, Stadt und Land sowie die WBM, stets präsent.

In den kommenden Jahren sind zudem mehr als 50.000 neue Wohnungen geplant, und alle Bestände sollen bis 2045 klimaneutral werden. Allerdings sollten Mieterinnen und Mieter besonders wachsam sein. Die bevorstehenden Mieterhöhungen könnten für viele zu einer finanziellen Belastung werden. Daher bleibt abzuwarten, wie sich die Situation weiterentwickelt und welche Maßnahmen die Stadt trifft, um den Wohnungsmarkt zu entlasten.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.haufe.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net